Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 14 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, 16 Januar 1926

Auf der Flucht.

Es wird wieder einmal zum Sammeln geblasen in Deutschland. Aber wir sind ein viel zu nachdenkliches Volk geworden, um mit so unmittelbarem Impuls wie früher auf den ersten Alarm hin alles stehen und liegen zu lassen, wie man zu sagen pflegt, und auf den Sammelplatz zu eilen. Wir spitzen zwar die Ohren, natürlich, wir bleiben stehen und halten Umschau, aber dann fangen wir an, erst einmal zu überlegen: Wer ist es, der da bläst? Wozu bläst er? Hat er überhaupt ein Recht, zu blasen, und wem gilt sein Ruf? „Mir" oder „Dir" oder „Ihm" oder wem sonst noch? Was kann es für Folgen haben, wenn man dem Ruf gehorcht, heute oder morgen oder gar übermorgen? Und so wächst aus den Überlegungen eine Bedenklichkeit nach der anderen empor und schließlich machen wir kehrt und sagen: nein!

*

Beim ersten Luther-Kabinett waren es die Deutschnationalen, die aussprangen und davongingen, weil sie glaubten, nach Locarno nicht mehr mitmachen zu dürfen. Jetzt, beim zweiten Luther-Kabinett, sind es die Sozialdemokraten, die sich die Ohren fest zustopfen, wie der selige Odysseus, als ihn die Sirenenklänge zur Insel der Seligen lockten, und die lieber nein sagten und abermals nein, ehe sie sich dem Waffenbündnis mit den bürgerlichen Parteien bis zur Deutschen Volkspartei, genannt „Große Koalition", verschrieben. Flucht vor der Verantwortung nannte man das im Lager der Mittelparteien, wie man es Flucht vor der Verantwortung auch genannt hat, als die deutschnationalen Minister Schiele und Neuhaus und Schlieben glaubten, das Reichskabinett verlassen zu müssen. So wiederholen sich die Ereignisse, auch dann, wenn man es am wenigsten erwartet, und wer sich von ihnen nicht niederzwingen lassen will, muß sehen, wie er Ersatz bekommt, wie er es auf andere Weise schaffen kann. Dr. Luther ist jetzt freilich nichts weniger als vom Glück begünstigt. Auch die kleine, aber doch durchaus nicht unbedeutende Gruppe der Wirtschaftlichen Vereinigung hat ihm einen Korb gegeben — Flucht vor der Verantwortung klingt es abermals aus den Reihen der anderen, welche die Verantwortungsfurcht gerade in einem Augenblick, wo rasches, klares und entschiedenes Zusammenfassen aller Kräfte das Gebot der Stunde ist, verurteilen. Aber es ist und bleibt nun einmal so, daß böse Beispiele gute Sitten verderben. Wenn sich erst einer auf den anderen berufen kann, dann hat es keinen rechten Zweck mehr, Strafpredigten zu halten, und man muß nehmen, was übrigbleibt, und sehen, wie weit man damit kommt. Die schönen Zeiten, wo man den Luxus freier Auswahl unter diesen oder jenen Parteien hatte, sind einstweilen vorüber. Nicht nur in Deutschland. Land.

*

Um so üppiger blühen auf allen Wegen und Stegen die aus dem Sumpfboden der Gegenwart entsprungenen Sensationsprozesse. In den Spalten der Tagespresse wimmelt es nur so von Gerichtsberichten, denen die Öffentlichkeit mit Aufmerksamkeit folgt, auch wenn die Vorgänge, mit denen sie es zu tun haben, schon einigermaßen der Vergangenheit angehören. Da haben wir einen politischen Mordprozeß in der bayerischen Hauptstadt, der einen schaurigen Ausschnitt aus der Rätezeit darstellt; da taucht vor den Schranken des Strafgerichts in Hannover das entsetzenerregende Gespenst des Massenmörders Haarmann wieder auf, und in der Reichshauptstadt sollen schon in den nächsten Tagen eine Reihe von Fememordprozessen ihren Anfang nehmen, von denen Feinschmecker sich wieder einmal allerhand Erbaulichkeiten versprechen.

*

Nur einer, für den nach jahrelanger Voruntersuchung sich endlich auch die Zeit erfüllet hätte, hat es im letzten Augenblick vorgezogen, der ungastlichen Stätte, die seiner harrte, den Rücken zu kehren: Herr Michael Holzmann. Wie man weiß, auch einer von den Genossen jener Männer, mit deren metallischen Heldentaten wir nun schon so lange unterhalten worden sind und die doch die forensische Reife noch immer nicht erreicht zu haben scheinen. Für Herrn Holzmann dagegen war das interessante Spiel vor Richtern und Staats- und Rechtsanwälten bereitet— da ist er plötzlich nicht mehr zu finden. Gewiß nicht zu Schiff nach Frankreich; das wäre in diesen schweren Winterstürmen etwas zu viel verlangt für eine ausgesprochene Landratte. Man wird schon zur rechten Zeit einen vornehmen Benz oder Mercedes gefunden haben, um sich still, aber vergnügt, ohne Abschied, seitwärts in die Büsche zu schlagen. Auch eine Flucht vor der Verantwortung und eine üble dazu. Herr Holzmann sollte sich doch wohl unter anderem wegen Beamtenbestechung vor Gericht verantworten, gemeinsam mit einem höheren preußischen Regierungsrat, der ihm als williges Objekt dieser einträglichen Korruptionsarbeit gedient haben soll. Jetzt hat der Hauptangeklagte die deutsche Tür von draußen zugemacht und das Nachsehen hat der preußische Staat, hat die Allgemeinheit, hat das öffentliche Rechtsbewußtsein, das sich wieder einmal zum Narren gehalten fühlt.

*

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages hat gerade in eben diesen Tagen in vielen Sitzungen darüber beraten, wie das Los der Untersuchungs- und Strafgefangenen noch mehr erleichtert, die Befugnisse der Strafvollstreckungsbehörden ihnen gegenüber noch mehr eingeschränkt werden könnten. Herr Holzmann hat die Herren für seine Person aller weiteren Sorgen überhoben. Er hält sich den verehrlichen Gerichts- und Gefängn[illegible]rden für alle Zukunft bestens empfohlen — aber von jenseits der deutschen Landesgrenzen.

Dr. Sy.

Neue Schwierigkeiten.

Verzögerte Kabinettsbildung.

Während es sofort nach der Betrauung Dr. Luthers aussah, als ob die ihm vom Reichspräsidenten übertragene Bildung der Reichsregierung nur noch eine Arbeit von Stunden erfordere, haben sich inzwischen abermals Hindernisse aufgetürmt, die den so dringend notwendigen Aufbau einer handlungsfähigen Regierung hinauszögern. Dr. Luther konferierte wiederholt mit dem Reichspräsidenten und mit den Parteiführern, aber eine Lösung war bis Freitag abend nicht gefunden.

Die Verhandlungen zwischen Dr. Luther und den Parteien wurden mittags resultatlos abgebrochen und auf den Abend vertagt. Vor der gemeinsamen Besprechung hatte der Kanzler den Abgeordneten Marx vom Zentrum und anschließend daran den Demokraten Koch empfangen.

Kampf um das Innenministerium.

Zunächst rückte bekanntlich der Demokratenführer und frühere Reichsinnenminister Koch stark als kommender Mann für dieses wichtige Ressort in den Vordergrund. Dann verkündigten demokratische Blätter, Koch sei zweifelhaft geworden, ob er seine ehemalige Stellung wieder annehmen werde. Inzwischen hatte die Deutsche Volkspartei auch Ansprüche auf das Innenministerium erhoben und als Kandidaten dafür den Abg. Dr. Curtius bezeichnet. Auch der Abg. Kardorff von der Deutschen Volkspartei wurde als Anwärter erwähnt. Ohne Zweifel bildete die Auseinandersetzung über das wichtige Amt des Innenministers den größten Stein des Anstoßes bei den Parteierörterungen.

Das Reichswehrministerium.

Auch die Frage, ob Dr. Geßler, der Verwalter des Reichswehrministeriums, im zweiten Kabinett Luther verbleiben werde, machte erhebliches Kopfzerbrechen. Im Laufe des Freitags fanden sich überall Mitteilungen, daß Geßler keine Neigung mehr habe, an der Spitze der Reichswehrmachtgeschäfte zu verbleiben. Dr. Geßler soll schon früher und jetzt wieder den Wunsch ausgesprochen haben, von seiner langjährigen Aufgabe entbunden zu werden. Er soll dies auch dem Reichskanzler Dr. Luther gegenüber ausgesprochen und dabei geäußert haben, entweder Dr. Luther oder Generaloberst von Seeckt könnten das Amt übernehmen. Jedoch sind derartige Meldungen vorläufig nur Vermutungen, da andererseits gesagt wird, der Reichspräsident selbst habe in einer Unterredung auf Dr. Geßler eingewirkt, auf seinem Posten zu verbleiben.

Graf Kanitz kehrt nicht zurück.

Als Tatsache stand der endgültige Abschied des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Kanitz, fest. In einem Schreiben an Dr. Luther bittet er diesen, von seiner Wiederberufung abzusehen, da er nach der schweren politischen und gesundheitlichen Abnutzung der letzten Jahre dringend einer längeren Erholungszeit bedürfe. Ferner hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Lammers, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, mit aller Bestimmtheit erklärt, daß er keinesfalls den Posten eines Reichswirtschaftsministers annehmen würde.

Marx Reichsjustizminister.

Berlin. Das Justizministerium wurde endgültig von Reichskanzler a. D. Marx in Verbindung mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete angenommen.

Weitere Namen.

Für den Posten des Reichsernährungsministers wurde der Zentrumsmann Landwirt Warmbold genannt, der unter dem Ministerium Stegerwald preußischer Landwirtschaftsminister war. Außerdem für das Reichsarbeitsministerium der Demokrat Erkelenz und für das Finanzministerium der Volksparteiler und frühere Reichswirtschaftsminister Becker-Hessen, der vordem Finanzminister in Hessen war.

Gegen die große Besatzungsarmee.

Ein Protest Deutschlands.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit den Auswirkungen des Vertrages von Locarno. Nach längerer Aussprache nahm er zu der Frage der Besatzungsverminderung im Rheinland eine Entschließung an, die u. a. besagt:

Der Ausschuß nimmt von den Pressenachrichten Kenntnis, wonach der Unterausschuß der Botschafterkonferenz beschlossen haben soll, die Truppenzahl der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Rheinlandzone auf zirka 75 000 Mann festzusetzen. Eine Verwirklichung dieses Beschlusses würde berechtigte deutsche Erwartungen auf das stärkste enttäuschen. Sie würde nicht nur die in früheren langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten bereits erzielten Ergebnisse über erhebliche Herabsetzung der Besatzungsstärke auf annähernd normale Stärke wieder umstoßen, sondern in krassem Widerspruch zu der politischen Lage stehen, wie sie durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno geschaffen werden sollte.

Der Ausschuß richtet auch im Hinblick auf weiter hinstehende außenpolitische Entscheidungen das nachdrückliche Ersuchen an die Reichsregierung, ihre augenblicklichen Bemühungen um Herabsetzung der fremden Besatzungsstärke auf die Lage der früheren militärischen Belegung (45 000 bis 50 000 Mann) und um eine dem Zweck des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Regelung des Besatzungsregimes auf das entschiedenste fortzusetzen und dem Ausschuß baldmöglichst von dem Erfolg ihrer Schritte Mitteilung zu machen.

Wie gemeldet wird, sind bereits von deutscher Seite diplomatische Schritte über die künftige Besatzung unternommen worden. Der sonst gut unterrichtete „Daily Telegraph" weiß zu melden, daß in Locarno von einer wesentlichen Verminderung der Besatzungstruppen gesprochen wurde, ohne daß dieses Versprechen eine bestimmte Form erhalten habe. Auf die in London deutscherseits vorgeschlagene Höhe von 60 000 Mann habe Briand geäußert, er könne sich vor Beratung mit seinen Generalen nicht binden. Diese seien aber der Ansicht, daß im Augenblick von einer Verminderung unter 60 000 Mann nicht die Rede sein könne.

Von offizieller Seite wird auf diese Ausführungen des englischen Blattes bemerkt, daß sie mit den ausdrücklichen offiziellen Zusicherungen der Note der Botschafterkonferenz vom 16. November v. Js. nicht in Einklang stehen. Gegen die deutsche Auffassung, daß unter normaler Stärke der Besatzungstruppen die deutsche Friedensstärke in den fraglichen Gebieten im Jahre 1914 zu verstehen sei, ist von französischer Seite kein Einspruch erhoben worden.

Deutscher Reichstag.

(143. Sitzung.) CB. Berlin, 15. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Vorlage, wonach die höher besoldeten, nicht krankenversicherungspflichtigen

Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge

einbezogen werden sollen. Es handelt sich dabei um die Angestellten mit einem Jahreseinkommen von 2700—6000 Mark.

Abg. **Rädel** (Komm.) machte der Regierung den Vorwurf, daß sie die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge in jeder Weise gehemmt habe.

Abg. Thiel (D. Vp.) bezeichnete die Vorlage als notwendig, um den durch Inflation und Abbau erwerbslos gewordenen Angestellten zu helfen. Die Vorlage wurde in allen drei Lesungen endgültig einstimmig angenommen. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, die die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Unterstützung der Kurzarbeiter ersucht. Es folgten dann die Anträge, worin alle Parteien Hilfsmaßnahmen für die

Hochwassergeschädigten

und Maßnahmen zur Vorbeugung einer Wiederholung ähnlicher Katastrophen verlangten. Abg. **v. Guerard** (Ztr.) führte dabei aus, daß zum vierteinmal seit Ende des Weltkrieges das Rheinland von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden sei, und zwar in diesem Jahre in einer Stärke, wie sie seit langer Zeit nicht mehr erlebt wurde. Die Zahl der Erwerbslosen sei allein in der Rheinprovinz durch das Hochwasser um über 30 000 gesteigert worden. Der Rheinische Provinzialausschuß habe den im Rheinland angerichteten Schaden auf dreißig Millionen Mark geschätzt, aber diese Schätzung habe sich bereits als zu niedrig erwiesen. Wenn das Hochwasser einen seit Jahrhunderten nicht erlebten Umfang hatte annehmen können, so sei die Ursache in den großen Abholzungen zu suchen, die während des Krieges und während der Besatzungszeit vorgenommen worden seien.

Abg. Thabor (Soz.) meinte, jetzt müßte im Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge sofort an eine Beseitigung der angerichteten Schäden gegangen werden.

Minister Krohne.

In Beantwortung der Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokratie gab dann Reichsverkehrsminister Krohne eine Erklärung ab, worin er feststellte, daß die Reichsregierung mit großer Anteilnahme und Sorge die Hochwasserkatastrophen verfolgt habe. Er erinnerte daran, daß der Reichspräsident zur Linderung der Not bereits einen Beitrag

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF